

ANTRAG

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abschiebungen in den Iran weiter aussetzen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Die Menschenrechtslage im Iran hat sich seit dem Beschluss des Landtages „Solidarisch für Frauen- und Menschenrechte im Iran“ auf Drucksache 8/1410 vom 5. Oktober 2022 weiter verschlechtert.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die Abschiebung von Iranerinnen und Iranern aus Mecklenburg-Vorpommern bis auf Weiteres auszusetzen.
2. sich auf Bundesebene für eine bundesweite Aussetzung von Abschiebungen in den Iran einzusetzen.

Dr. Harald Terpe und Fraktion

Begründung:

Die Lage im Iran ist seit dem Tod von Jina Mahsa Amini im September 2022 und den darauffolgenden landesweiten Protesten bis heute von schweren Menschenrechtsverletzungen geprägt. Lediglich die mediale Aufmerksamkeit hat abgenommen. Dabei gehören willkürliche Festnahmen, Vergewaltigungen, Folter und Hinrichtungen auch weiterhin zum Alltag der Menschen im Iran.

Nach einem Lagebericht des Auswärtigen Amtes vom November des vergangenen Jahres ist die iranische Regierung angesichts der landesweiten Proteste massiv unter Druck geraten. Sie versuche einen Systemerhalt mit allen Mitteln und zeige keine Bereitschaft, ihren brutalen Umgang mit der eigenen Bevölkerung zu überdenken. Gegen Regimegegnerinnen und Regimegegner werde unerbittlich vorgegangen. Im Jahr 2023 seien im Iran laut einem Bericht der Menschenrechtsorganisationen Iran Human Rights (IHR) und Together Against the Death Penalty (ECPM) mindestens 834 Menschen hingerichtet worden. Im Vergleich zum Vorjahr seides ein Anstieg von rund 40 Prozent.

Eine von den Vereinten Nationen eingesetzte unabhängige internationale Untersuchungskommission hat am 8. März 2024 in Genf ihren Bericht zur gewaltsamen Unterdrückung von friedlichen Protesten und der Diskriminierung von Frauen und Mädchen im Iran vorgelegt. Darin ist von systematischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit die Rede. Festgestellt worden sei ein weitverbreiteter und systematischer Angriff gegen die Zivilbevölkerung im Iran, insbesondere gegen Frauen, Mädchen, Jungen und Männer, die Freiheit, Gleichheit, Würde und Verantwortlichkeit gefordert hätten.

Angesichts der katastrophalen Menschenrechtssituation im Iran hatte sich die Innenministerkonferenz (IMK) in ihrer 218. Sitzung am 2. Dezember 2022 in München darauf verständigt, dass bis auf Weiteres keine Abschiebungen in den Iran durchgeführt werden. Im Rahmen eines Umlaufbeschlusses hat sich die IMK sodann im Sommer 2023 darauf verständigt, dass angesichts der gegenwärtigen Menschenrechtsslage bis zum 31. Dezember 2023 keine Abschiebungen in den Iran durchgeführt werden und sich die IMK im Rahmen ihrer Herbst-Sitzung 2023 erneut mit der Lage im Iran befasst. Letzteres ist jedoch nicht passiert. Der Abschiebestopp für den Iran ist daher zum 31. Dezember 2023 ausgelaufen.